



Landeshauptstadt Potsdam
Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Bereich Wohnraumschutz
Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

Antrag auf Genehmigung eines Vorhabens nach § 173 Baugesetzbuch (BauGB)
für ein Vorhaben im räumlichen Geltungsbereich einer sozialen Erhaltungssatzung der
Landeshauptstadt Potsdam (gemäß §172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB)

1. Angaben zum betreffenden Gebäude

Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort
Gebäudeart (z. B. Ein-/Zweifamilienhaus, Wohn- und Geschäftshaus)	Baujahr

2. Folgende Maßnahmen werden beantragt

► Hinweis: Reine Instandhaltungsmaßnahmen sind nicht genehmigungspflichtig.

- Rückbau oder Abbruch baulicher Anlagen
 - Änderung baulicher Anlagen
 - Modernisierungsmaßnahmen (gem. § 555b BGB), außer energetische Maßnahmen
 - energetische Sanierung
- [Sollte die Inanspruchnahme von Fördermitteln für die Durchführung energetischer Sanierungsmaßnahmen geplant sein, fügen Sie diesem Antrag bitte den entsprechenden Fördermittelantrag (z. B. KfW oder BAFA) in Kopie bei. Bitte reichen Sie zusätzlich ein Energiegutachten zum Beleg der dortigen Angaben ein.]
- Grundrissänderungen
 - Sonstige Maßnahmen
- Nutzungsänderung baulicher Anlagen

Kurzbeschreibung der Maßnahmen

2.1 Maßnahmenübersicht

Dem Antrag bitte folgende Unterlagen beifügen:

- Aussagekräftige Fotos des Bestands
- Kostenvoranschläge der geplanten Maßnahmen
- Aufstellung Materialliste
- Pläne der beantragten Baumaßnahmen
- ggf. Grundrisspläne vor Umbau, Grundrisspläne mit deutlicher Markierung der Änderungsmaßnahmen sowie Wohnflächenberechnungen vor und nach Durchführung der geplanten Änderungsmaßnahmen, sofern sich Änderungen der Wohnfläche oder des Grundrisses ergeben
- ggf. Fördermittelantrag für die Durchführung einer energetischen Sanierungsmaßnahme sowie Energiegutachten
- ggf. Zustimmung des Eigentümers/der Eigentümerin
- ggf. Nachweis Vollmacht für den Bevollmächtigten

Beschreibung der Maßnahme	Beschreibung des Zustands		Kosten laut Voranschlag
	im Bestand	nach der Umsetzung	

Falls der Platz nicht ausreicht, können Sie die Tabelle mehrfach ausfüllen.

2.2 Voraussichtlicher Beginn der Maßnahmen

umgehend nach Genehmigung

anderes Datum:

3. Angaben zu den betreffenden Wohnungen

Ggf. Woh- nungs- nummer	Lage der Wohnung (z. B. EG links)	Größe in m ²	Vor- und Nachname der Bewohner/-innen	Derzeitige Bewohner/-in		Wohnung steht derzeit leer	Ist nach der Maßnah- me eine Eigennutzung durch die Eigentümer/- in vorgesehen?		Miethöhe (Netto Kaltmiete/m ²)	
				Eigen- tümer/- in	Mieter/- in		ja	nein	Derzeit bzw. vor Maßnahme	Nach Umsetzung der Maßnahme
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		

Falls der Platz nicht ausreicht, können Sie die Tabelle mehrfach ausfüllen.

4. Angaben zur Antragstellerin/zum Antragsteller

- Wenn nicht der/die Eigentümer/in selbst den Antrag stellt/stellen, ist eine entsprechende Vollmacht beizufügen

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort
Telefon	Telefax
E-Mail-Adresse	
Ich bin von der betreffenden Wohnung/des Gebäudes	
<input type="checkbox"/> Eigentümer/in <input type="checkbox"/> Teileigentümer/in <input type="checkbox"/> Verwalter/in <input type="checkbox"/> Mieter/in	
Eigenumsverhältnisse der betreffenden Wohnung und des betreffenden Gebäudes bitte konkretisieren	

5. Erklärung der Antragstellerin/des Antragstellers

Ich versichere hiermit die Richtigkeit der oben gemachten Angaben. Mir ist bekannt, dass unzutreffende oder unwahre Angaben zum Widerruf einer erteilten Genehmigung führen. Die Durchführung einer genehmigungspflichtigen Maßnahme ohne Genehmigung stellt eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einem Bußgeld geahndet werden kann.

Ich bin mit den Datenschutzhinweis (Seite 5) des Antrags einverstanden.

Ort, Datum

Unterschrift

6. Datenschutzhinweise zum Antrag

Verantwortlich für die Datenerhebung

Landeshauptstadt Potsdam
Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Bereich Wohnraumschutz
Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Landeshauptstadt Potsdam
Datenschutzbeauftragter
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO verarbeitet.

Die übermittelten Daten werden zur Bearbeitung Ihres Antrages bei uns gespeichert.

Weitergabe von Daten

Ihre Daten werden, soweit es zur Antragsbearbeitung notwendig ist, an Dienststellen der Landeshauptstadt Potsdam sowie des Landes Brandenburg weitergegeben.

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Landeshauptstadt Potsdam so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist.

Die Verarbeitung der Daten erfolgt auf Grundlage Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO).

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu: Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Landeshauptstadt Potsdam, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akten-einsicht, Dagmar Hartge, Stahnsdorfer Damm 77, 14532 Kleinmachnow

Erforderlichkeit der Datenangabe

Die Daten werden für die Antragsbearbeitung benötigt. Ohne Angabe ist Ihr Antrag zur Genehmigung einer Maßnahme im Satzungsgebiet nicht möglich. Grundsätzliche Informationen zum Datenschutz finden Sie unter Datenschutz bei der Landeshauptstadt Potsdam.